



Heraus zum 1. Mai!

Faire Löhne, Chancengerechtigkeit und gute und sichere Arbeitsbedingungen sind unsere Ansprüche an eine solidarische und gerechte Gesellschaft! Deshalb stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Baden-Württemberg für:

Mindestlohn und Tariftreue!

Die SPD hat im Bund wie versprochen den gesetzlichen Mindestlohn durchgesetzt; flächendeckend, für alle Branchen – und mindestens 8,50 Euro. In Baden-Württemberg haben wir schon zuvor das Tariftreue- und Mindestlohngesetz beschlossen. Wir wollen keinen Wettbewerb auf Kosten der Löhne und Arbeitsbedingungen!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Frauen verdienen rund 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Wir in Baden-Württemberg setzen uns daher für ein Entgeltgleichheitsgesetz ein, um diese systematische Lohndiskriminierung zu beenden. Nach dem Elterngeld plus und der Frauenquote wird dieses Gesetz nun kommenden Jahr bundesweit eingeführt!

Regulierung der Leiharbeit!

Wir wollen Schluss machen mit der Zweiklassengesellschaft im Betrieb: Wir wollen Leiharbeit und Scheinwerkverträge begrenzen. Deshalb haben wir uns auf Bundesebene erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Einsatz eines Leiharbeiters künftig auf maximal 18 Monate begrenzt wird. Wir wollen bei Werkverträgen die Informations- und Unterrichtsrechte des Betriebsrats garantieren!

Abschlagsfrei in Rente!

Die Rente nach 45 Versicherungsjahren kommt. Mit dem neuen Rentenpaket ist es möglich, zunächst ab 63 abschlagsfrei in Rente zu gehen, wenn 45 Jahre Beiträge gezahlt wurden. Die SPD erkennt die Lebensleistung der Menschen an und schafft Gerechtigkeit!

Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit!

Mit unserem Programm „Gute und sichere Arbeit“ haben wir im Land ein flächendeckendes Netz von Maßnahmen für Menschen geschaffen, die bisher auf der Schattenseite des Arbeitsmarkts standen. Mit unserem „Passiv-Aktiv-Transfer“ bezuschussen wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, um Langzeitarbeitslose in das aktive Erwerbsleben zurückzuholen!

Die Bildungszeit kommt!

Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zu fünf bezahlte Tage pro Jahr für Bildung freigestellt werden können – denn ohne Weiterbildung keine Fachkräfte. Deshalb wird unser Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid noch in diesem Jahr ein Gesetz für die Bildungszeit in Baden-Württemberg auf den Weg bringen!